



Pressespiegel zur Asylpolitik vom 06. Dezember 2016

Erstellt von Mark Gärtner
gaertner@sprev.de

Geschehenes – Kurzmeldungen:

Blick nach Europa und die Welt

- Aus dem Jemen fliehen keine Menschen. Die Grenze nach Saudi-Arabien ist verriegelt. Auf dem Seeweg fliehen die Menschen gar in umgekehrter Richtung aus Äthiopien und Somalia Richtung Jemen mit dem Ziel, weiter in die Golfstaaten zu gelangen. 105.000 doch auch sie verbleiben im vom Bürgerkrieg zermürbten Land. Etwa 80% der Bevölkerung sind inzwischen auf humanitäre Hilfe angewiesen. Hintergrund ist der bewaffnete Konflikt zwischen Huthi-Rebellen und dem saudischen Regime, auch al-Qaida kontrolliert Gebiete. Christoph Sydow von *SPON* schreibt: „Es ist ein stilles Sterben. Der Jemenkrieg kennt keine monatelangen Schlachten wie in Aleppo oder Mossul, und kaum Aktivisten und Journalisten, die den Krieg mit ihren Kameras festhalten. Tausende Zivilisten kommen ums Leben, sterben an Unterernährung in abgelegenen Tälern und werden von ihren Angehörigen begraben, ohne dass die Welt überhaupt davon erfährt. Europa leistet es sich, das Leiden zu ignorieren - weil kaum ein Jemenit es schafft, aus dem Land zu fliehen.“
<http://www.spiegel.de/politik/ausland/krieg-im-jemen-trifft-die-zivilbevoelkerung-der-westen-schaut-weg-a-1124080.html> (02.12.16)
- Russland und China verhindern eine UN-Resolution, die eine Feuerpause für Aleppo ermöglicht hätte. Inzwischen sind weite Teile Ost-Aleppos in der Hand des syrischen Regimes.
<http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/naher-osten/russland-und-china-verhindern-feuerpause-in-aleppo-14560919.html> (05.12.16)
- Zwei Menschen sind auf einem Güterzug auf der Flucht von Italien nach Deutschland in Österreich tot aufgefunden worden. Es gilt als wahrscheinlich, dass sie bereits erfroren waren, als die auf dem Zug transportierten Lastwagen losfuhren. Ein weiterer Mensch wurde schwer verletzt.
http://www.deutschlandfunk.de/oesterreich-fluechtlinge-sterben-in-versteck-auf-queterzug.1947.de.html?drn:news_id=684756 (03.12.16)
- In diesem Jahr kündigte die kenianische Regierung an, das größte Geflüchtetenlager der Welt, Dadaab, zu schließen. Bis zu einer halben Million Menschen lebten dort, heute sind es noch 275.000, die Räumung des Lagers hat begonnen. Viele kehren in das Bürgerkriegsland Somalia zurück. Die meisten der noch in Dadaab Lebenden wollen nicht nach Somalia zurück. Nach Europa zu kommen scheint hoffnungslos, bereits die

kenianische Armee würde sie wahrscheinlich abhalten.
<http://www.taz.de/Das-EU-Fluechtlingspolitik-in-Afrika/!5357996/> (03.12.16)

- In Österreich gewinnt der grüne Präsidentschaftskandidat Alexander van der Bellen gegen den Nationalisten Norbert Hofer.
Nachzulesen im Medium der Wahl.

Bund, Land, Kommune

- Die Pläne der Bundesregierung, auch Tunesien zu einem Auffangstaat für Fliehende umzufunktionieren, nehmen Gestalt an. Ein „Hot Spot“ solle in der Nähe der libyschen Grenze entstehen, dort solle es die Möglichkeit geben, Asyl in Deutschland oder anderen EU-Mitgliedsstaaten zu beantragen. Mit der ägyptischen Regierung wird offenbar ebenfalls über einen Deal nach dem Vorbild dessen mit der Türkei gesprochen. Ägypten kennt kein geregeltes Anerkennungsverfahren für den Flüchtlingsstatus, einzig eine Registrierung beim UNHCR sei möglich, doch auch die verschaffe keinen Zugang zu Wohnraum, Bildung oder Gesundheitsversorgung.
<http://www.sueddeutsche.de/politik/fluechtlinge-der-naechste-heikle-fluechtlings-deal-1.3271872>
(30.11.16)
<http://www.sueddeutsche.de/politik/migration-bundesregierung-will-fluechtlings-hotspots-in-tunesien-1.3278568> (03.12.16)
- Der baden-württembergische Innenminister Thomas Strobl forderte bereits letzte Woche eine deutliche Verschärfung der Asylpolitik – Abschiebungen sollen verstärkt, Abschiebehaft forciert und Sozialleistungen gekürzt werden. Auch von Auffanglagern in Ägypten sprach er bereits. Dabei spricht Strobl ständig und in vielen Kanälen von 500.000 Menschen ohne Bleiberecht, die sich in Deutschland aufhalten würden. Tatsächlich gab es Ende Juni 2016 549.209 abgelehnte und damit als ausreisepflichtig registrierte Asylsuchende in Deutschland. Nur verbleiben Abgelehnte in dieser Statistik mit dem Merkmal ausreisepflichtig, egal wie sich ihr Status ändert. 46,6% der dort Erfassten haben heute ein unbefristetes Aufenthaltsrecht, 34,8% ein befristetes, 12.727 sind Menschen polnischer Staatsbürgerschaft, weitere Menschen aus früheren Nicht-EU-Mitgliedsstaaten kommen hinzu. Unterm Strich bleiben 18,6% von denen aber wiederum die Geduldeten abgezogen werden müsste. Strobl müsste schlussendlich und richtig von 52.870 ausreisepflichtigen Menschen ohne Duldung sprechen.
<http://www.zeit.de/politik/deutschland/2016-12/strobl-abschiebung-asylbewerber-bleiberecht>
(03.12.16)
- Bundeskanzlerin Angela Merkel muss besagten Strobl versprochen haben, seinen Vorschlag in ihren Hauptantrag für das CDU-Delegiertentreffen aufzunehmen. Dem vorausgehend macht die CSU die Obergrenze zur Koalitionsbedingung, Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble von der CDU lehnt sie ab.
<http://www.zeit.de/politik/deutschland/2016-12/cdu-parteitag-csu-forderungen-thomas-strobl-asylpolitik> (03.12.16)
<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/wolfgang-schaeuble-nennt-obergrenze-fuer-fluechtlinge-symboldebatte-a-1124328.html> (04.12.16)
http://www.deutschlandfunk.de/merkel-strobl-vorstoss-zur-asylpolitik-soll.447.de.html?drn:news_id=685321 (05.12.16)
- Gemeinsam mit elf anderen Wohlfahrtsverbänden, Anwalt*innen- und Richter*innenvereinigungen und Menschenrechtsorganisationen wendet sich PRO ASYL gegen die sinkende Qualität der BAMF-Arbeit in einem [Memorandum](#). Asylverfahren würden nur noch schlampig durchgeführt, besonders die Durchführung der Anhörung steht in der Kritik. Es komme zu unangemessenen Fragen, die alles andere als unvoreingenommen seien, die Dolmetscher*innen seien schlecht ausgebildet, teilweise spiegelte sich nur 10%

des Gesagten in den Anhörungsprotokollen wider. Die Qualität der Bescheide werde bei Weitem nicht umfassend genug geprüft. Um das politische Ziel von mehr als 500.000 entschiedenen Asylanträgen im Jahr 2016 zu erreichen, werden Entscheidungen im „Fließbandverfahren“ getroffen. Besonders kritisierten die Organisationen, dass Entscheidende und Anhörende nicht mehr ein und dieselbe Person seien. Dies sei aber wichtig, da der persönliche Eindruck beziehungsweise die Glaubhaftmachung eine wichtige Rolle in der Anhörung und damit der Entscheidung spiele.

<http://www.dw.com/de/asylantr%C3%A4ge-wie-am-flie%C3%9Fband/a-36585971> (30.11.16)

- Die Unternehmensberatung McKinsey berät auch die Bundesregierung. Für 1,9 Millionen Euro gibt es Hinweise für die Abschiebepolitik. Um mehr Druck auf abgelehnte Asylsuchende auszuüben, sollten Ausreisegewahrsams- und Abschiebehaftanstalten gebaut, die digitale Erfassung im Ausländerzentralregister ermöglicht, mehr Personal in Ausländerbehörden eingestellt und eine zentralisierte Verantwortlichkeit in den Bundesländern hergestellt werden. Außerdem solle die „freiwillige Ausreise“ reizvoller werden, unter anderem, indem mehr Druck auf Geduldete ausgeübt werden könnte. Zum Beispiel könnte deren finanzieller Spielraum eingeschränkt werden, anstatt von Geld würden dann Beamt*innen entscheiden, was erwachsene Menschen und ihre Kinder essen und anziehen.
<http://www.fr-online.de/flucht-und-zuwanderung/abschiebungen--mckinsey-will--ausreisedruck--auf-fluechtlinge-erhoehen,24931854,34987812.html> (04.12.16)
- Ein Geflüchteter afghanischer Staatsbürgerschaft erhebt schwerwiegende Vorwürfe gegen einen BAMF-Mitarbeiter. Der Beamte habe in der Anhörung über die Schutzquote von Menschen aus Afghanistan gelogen und den Geflüchteten unter Vorspiegelung falscher Tatsachen dazu geraten, seinen Asylantrag zurückzuziehen, was dieser tat. Sein Anwalt klagt nun.
<http://taz.de/Asyl-in-Deutschland/!5357899/> (30.11.16)
- Die vom Generalbundesanwalt Angeklagten im Verfahren um die terroristische „Gruppe Freital“ hatten offenbar einen sehr guten Draht zu einem Bereitschaftspolizisten der sächsischen Polizei. Das sagten sie auch gegenüber Polizei und Staatsanwaltschaft Dresden im Dezember 2015 aus. Erst 2016 – allein das könnte ihr Probleme bringen - nimmt die Staatsanwaltschaft die Ermittlungen auf, gegen Unbekannt. Dabei berichtet *SPON*, dass es eine Aussage gab, die auch den Namen des betreffenden Polizisten nannte. Auch die Landesregierung steht in der Kritik, mehrmals wurde sie zu Kontakten zwischen Polizei und Terrorgruppe befragt, stets verneinte sie. Bündnis 90/ Die Grünen reagierten jetzt mit einer Anfrage, warum die Landesregierung den Landtag nicht unterrichtet habe.
<http://www.zeit.de/politik/deutschland/2016-12/sachsen-freital-terror-polizei-leck-ermittlung> (04.12.16)
- Eine Familie, deren Fall bei der Sächsischen Härtefallkommission anhängig war, saß bereits im Flugzeug nach Pristina, um abgeschoben zu werden. Der Bürgermeister Waldheims verbrachte den Donnerstag mit Telefongesprächen und konnte die Abschiebung abwenden.
<http://www.sz-online.de/sachsen/abschiebung-der-hajdaris-ausgesetzt--3553720.html> (01.12.16)

Hintergrund und Meinung

- Der erste von mehreren Artikeln, in denen sich James Traub von *foreignpolicy.com* der Stadt Dresden zuwendet. In den kommenden Monaten schreibt er über die Integration Geflüchteter in Dresden und analysiert, wie sich sächsische, bundesdeutsche, europäische und globale politische Entwicklungen in der Stadt niederschlagen. Irakische Geflüchtete, die er getroffen hat, sagen, sie hätten einen schweren Fehler begangen, als sie in Deutschland einen Asylantrag stellten, Asylrechtsverschärfungen, Einschränkungen durch die Kommune

und Dresdens politisch schwierige Lage hätten sie zu diesem Schluss kommen lassen. Im Weiteren beschäftigt sich Traub mit der politischen Situation von Angela Merkel, die einen dreigleisigen Kurs fahre: Reduzierung der Zahl Ankommender, effektive Integration der Angekommenen, Abschiebung der aus ihrer Sicht ohne Bleiberecht Geflüchteten. Das Kalkül Merkels: um den Aufstieg der Nationalist*innen zu verhindern, musste sie von ihrer anfangs humanistischeren Politik abrücken.

<http://foreignpolicy.com/2016/12/05/angela-merkels-test-of-faith-refugees-far-right/> (05.12.16)

- In einem Gastbeitrag in der *Zeit* wendet sich Rana Deep Islam gegen simples Eliten-Bashing und fordert die sich als nicht elitär verstehenden Menschen dazu auf, sich selber zu beteiligen. Nur sei dies oftmals schwieriger als gedacht, sich in komplexe Themen einzuarbeiten und sich mit anderen Meinungen auseinanderzusetzen sei oftmals frustrierend. Doch nur so geschehe Veränderung. Sich in einer der heute vielfältigen Formen zu beteiligen sei im Angesicht des nationalen Revivals unbedingt nötig. Anderenfalls sei der Sieg der Nationalist*innen bei einer passiven Gesellschaft ein Leichtes. <http://www.zeit.de/politik/2016-12/buergerbeteiligung-demokratie-elite-globalisierung-politische-bildung> (03.12.16)
- Die Menschen im französischen Royatal beginnen zu handeln, als klar wird, dass die Behörden nicht genug Unterkünfte für die ankommenden Fliehenden bereitgestellt haben. Cédric Herrou und viele weitere beherbergen die Fliehenden und erfahren Unterstützung aus dem Dorf. Indem sie auf Vorschriften und Gesetze pfeifen, üben sie Menschlichkeit. Herrou droht deswegen Gefängnis. <https://taz.de/!5357380/> (01.12.16)

Der Pressespiegel wird herausgegeben von:

Sächsischer Flüchtlingsrat e.V.
Dammweg 5
01097 Dresden
E-Mail: info@saechsischerfluechtlingsrat.de

Refugee Law Clinic Leipzig
Burgstraße 27
04109 Leipzig
Email: refugeelawclinic@uni-leipzig.de

Der Sächsische Flüchtlingsrat e.V. wird gefördert durch:

PRO ASYL
FÖRDERVEREIN PRO ASYL E.V.

Leben retten – Rechte schützen

 **UNO-Flüchtlingshilfe**